

EINE NACHHALTIGE RAUMENTWICKLUNG FÜR LUXEMBURG

Die wesentlichen Leitideen aus dem «Programme Directeur»

Bevölkerungswachstum
Öffentliche Einrichtungen
Industriebranchen
Freiräume
Entwicklung
Absprache
Lebensumfeld
Koordination
Gemeinden
Partnerschaft
Wirtschaft
Zug-Tram
Wohnungsbau
Dienstleistungen
Aktivitäten
Mobilität
Energie
Dörfer
Beschäftigung
Region
Freizeit
Städte

2005

**MINISTERIUM FÜR INNERES
UND RAUMPLANUNG**

Direktion Raumplanung

I n h a l t

1.	Wozu dient diese Informationsbroschüre?	1
2.	Was ist das "Programme Directeur"?	2
3.	Welche landesplanerischen Herausforderungen sind zu bewältigen?	4
4.	Welche Antworten gibt das "Programme Directeur"?	8
5.	Was sind die Umsetzungsschwerpunkte?	25



EDITORIAL

WOZU DIENT DIESE INFORMATIONSBROSCHÜRE?

Im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte erlebte das Großherzogtum Luxemburg eine sehr dynamische Entwicklung, die für unsere räumliche Organisation nicht ohne Folgen blieb.

Um die Weichen für eine nachhaltige Raumentwicklung zu stellen, hat die Regierung am 27. März 2003 das "Programme Directeur" ("Programme Directeur d'aménagement du territoire") verabschiedet.

Damit haben sich die Regierung und die lokalen Behörden einen Referenzrahmen gegeben, mit dem Ziel anstehende Planungsverfahren und Entscheidungen, welche letztlich jeden Bürger betreffen, im Sinne des öffentlichen Interesses zu orientieren.

Die vorliegende Broschüre soll jedem die Gelegenheit geben, sich mit der Raumplanung und seiner Bedeutung im Alltag auseinanderzusetzen. In diesem Sinn fasst sie den Ansatz des "Programme Directeur" zusammen, stellt die auf Landesebene beschlossenen Ziele dar und erläutert, wie diese den Herausforderungen der Entwicklung Luxemburgs in den nächsten Jahren gerecht werden.

Die Veröffentlichung des "Programme Directeur" ist kein Selbstzweck. Als gemeinsame Plattform will dieses Programm nicht nur den Staat und die Gemeinden, sondern auch alle sonstigen Akteure der luxemburgischen Gesellschaft sensibilisieren und mobilisieren. Die luxemburgische Regierung bittet jeden einzelnen, aktiv an der Umsetzung des "Programme Directeur" teilzunehmen, damit Luxemburg im Jahr 2010 das Spiegelbild einer gemeinsamen Zukunftsvision ist.

A handwritten signature in black ink, consisting of a series of loops and a final horizontal stroke.

*Jean Marie Halsdorf
Minister für Inneres und
Raumplanung*



1. WAS IST DAS “PROGRAMME DIRECTEUR”?

📌 ES IST EIN ORIENTIERUNGSRAHMEN FÜR EINE NACHHALTIGE RAUMENTWICKLUNG

Das “Programme Directeur” ist gemäß dem Gesetz vom 21. Mai 1999 das Schlüsselinstrument der Raumplanung. Laut Gesetz “bestimmt [es] die allgemeinen Leitlinien und prioritären Ziele der Regierung in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung des Lebensumfelds der Bevölkerung, die Förderung der Human- und Naturressourcen und die Entwicklung von Aktivitäten sowie die wichtigsten Maßnahmen für deren Umsetzung” (Art. 4, Abs. 2).

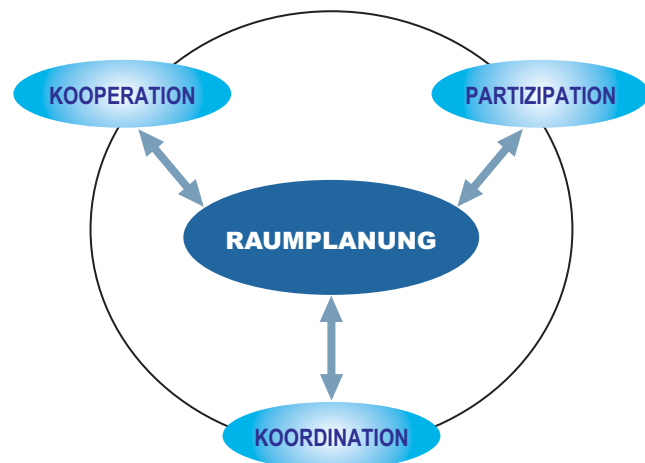
Das “Programme Directeur” ist somit als Orientierungsrahmen und Absichtserklärung definiert, das die Koordination der sektoriellen Planungen im Rahmen der Ziele der Raumplanung gewährleistet. Darüber hinaus wird dort eine Unterteilung des Landesgebiets in sechs Raumplanungsregionen vorgeschlagen, denen zentrale Orte zugeordnet werden.

📌 ES IST EIN INSTRUMENT DER RÄUMLICHEN KOHÄSION

Das “Programme Directeur” verfolgt das Ziel einer harmonischen Landesentwicklung, unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten und spezifischen Ressourcen. Es soll dazu beitragen, jedem Einwohner die besten Lebensbedingungen zu garantieren und dabei sowohl die individuellen Entscheidungen berücksichtigen als auch die Anforderungen des Gemeinwohls integrieren. Deshalb bietet es eine rationelle und kohärente Organisation des Landes und gewährleistet sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Gebieten einen gleichwertigen Zugang zu Wohnung, Beschäftigung, Bildung, Versorgung, Infrastruktur, Verkehr, Naturräumen usw.

📌 ES SETZT GRUNDLEGENDE PRINZIPIEN DER RAUMPLANUNG

Die Raumplanung ist von Natur aus eine Disziplin, die sämtliche raumwirksame menschlichen Aktivitäten in sich vereint: von der Landwirtschaft bis zur Kultur, vom Wohngebiet bis zum Unternehmen, von der Schule bis zur Forschung usw. Aufgrund ihres interdisziplinären Charakters sind Koordination, Kooperation und Partizipation wichtige Grundprinzipien der Raumplanung.



Koordination ist unverzichtbar, um die Verbindung zwischen der von den Ministerien erarbeiteten sektoriellen Politiken und den Politiken der regionalen, kommunalen oder lokalen Interventionsebenen zu gewährleisten. Sie sorgt somit für Kohärenz.

Die Kooperation zwischen allen von der Raumnutzung betroffenen Akteuren ist unerlässlich, um den Bedürfnissen der Planung und ihrer konstanten Weiterentwicklung Rechnung tragen zu können.

Zudem handelt es sich um einen Prozess der permanenten Partizipation, damit die Raumplanung sich zu einem wahrhaftigen Gesellschaftsprojekt entwickelt.

⚠ ES IST DAS ERGEBNIS EINES REFLEXIONS- UND KONSULTATIONSPROZESSES ...

In Anwendung der vorgenannten Prinzipien stellt das "Programme Directeur" das Ergebnis eines langen Prozesses der Reflexion und informellen Konsultation dar, an dem die Ministerien, Kommunen und sonstigen Entscheidungsträger des Landes aktiv teilnehmen konnten und als dessen Abschluss der Entwurf des "Programme Directeur" präsentiert wurde.

Gemäß dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren wurde der Entwurf den verschiedenen Konsultationsstufen in den Kommunen und den wichtigsten höheren Staatsinstanzen, wie dem Conseil Supérieur de l'Aménagement du Territoire (CSAT) und dem Conseil Interministériel de l'Aménagement du Territoire (CIAT) sowie der Abgeordnetenkammer vorgelegt, bevor es am 27. März 2003 die Zustimmung des Regierungsrates erhielt.

⚠ ... UND DER BEGINN EINES KOMPLEXEN UMSETZUNGSVERFAHRENS

Vom formalen Standpunkt aus betrachtet wird die präzise Umsetzung des "Programme Directeur" durch die sektoriellen Pläne und Regionalpläne ermöglicht.

Die Umsetzung des "Programme Directeur" darf jedoch nicht mittels einer willkürlichen Anwendung des theoretischen Orientierungsrahmens erfolgen, sondern muss dynamisch und partizipativ erfolgen, damit das Programm zu einem entwicklungsfähigen Planungsinstrument wird, das den Ansprüchen einer mobilen Gesellschaft gerecht wird.



2. WELCHE LANDESPLANERISCHEN HERAUSFORDERUNGEN SIND ZU BEWÄLTIGEN?

Luxemburg wird für seine Lebensqualität geschätzt. Bisher konnten viele Menschen ihren berechtigten Wunsch nach einem qualitativ hochwertigem Wohnumfeld, einem stabilen sozialen Klima und ausgezeichneten individuellen Mobilitätsbedingungen erfüllen. Das kleine Land mit einer Fläche von nur 2 586 km² kann dieses Lebensmodell jedoch nicht unendlich fortführen, denn die Tatsache, dass "die Stadt aufs Land verlagert wird", führt dazu, dass die verbleibenden Naturräume, die als einer seiner Vorzüge gelten, unwiederbringlich zerstört werden. Aufgabe der Raumplanung ist es, die Herausforderung anzunehmen und die vielen verschiedenen Wünsche räumlich zu organisieren und zwar im Sinne des allgemeinen Interesses und mit Rücksichtnahme auf die künftigen Generationen.

EIN KLEINES DYNAMISCHES LAND ...

Die Bevölkerung Luxemburgs ist von 384 000 Einwohner im Jahr 1991 auf 439 400 Einwohner im Jahr 2001 gestiegen; in diesem Zeitraum zeigt Luxemburg den höchsten Bevölkerungswachstum innerhalb der Europäischen Union auf (+14,2 % gegenüber +5,3 % im vorherigen Jahrzehnt).

Diese demographische Dynamik ist zum größten Teil das Ergebnis einer seit mehreren Jahrzehnten aktiven und konstanten Einwanderung: Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung ist von 18,4 % im Jahr 1970 auf 37 % im Jahr 2001 gestiegen.

Diese positive Entwicklung der in Luxemburg ansässigen Bevölkerung ist ein Indiz für die gute Verfassung der luxemburgischen Wirtschaft. Zwischen der Einwanderung, dem Zustrom der Grenzgänger und den Konjunkturzyklen unserer Wirtschaft, die jedoch immer stärker von den Schwankungen der Weltwirtschaft abhängig ist, lässt sich ein direkter Zusammenhang erkennen.



> 100.000 Grenzgänger

In der vergangenen Dekade hob sich Luxemburg durch seine anhaltende wirtschaftliche Dynamik positiv von der insgesamt weniger begünstigten Großregion ab. Die inländische Beschäftigung, die von 142 100 Einheiten im Jahr 1985 auf 277 000 im Jahr 2001 stieg, zieht eine immer größere Zahl von Arbeitskräften aus den Grenzgebieten an; während es 1985 lediglich 16 100 Grenzgänger waren, sind es heute bereits 100 000.

Dieser starke Anstieg der Zahl der Grenzpendler, die länger gewordenen Wegstrecken und die ständige Ausweitung der Einzugsgebiete erhöhen den Bedarf an Mobilität im Landesinneren deutlich, da sie zu den erforderlichen Fahrten der luxemburgischen Wohnbevölkerung addiert werden müssen, welche durch die derzeitige räumliche Organisation verursacht werden.

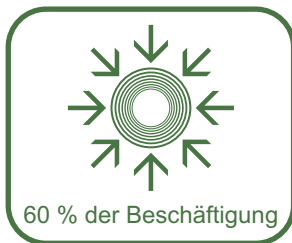
Unter der Voraussetzung, dass die günstigen Bedingungen für die luxemburgische Wirtschaft weiter bestehen, sehen die Trendberechnungen des Bevölkerungswachstums voraus, dass die Schwelle von 550 000 Einwohnern im Jahr 2020 überschritten wird.

U ... KONFRONTIERT MIT EINER UNAUSGEWOGENEN RÄUMLICHEN ORGANISATION ...

Die Hauptanliegen der Raumplanung ergeben sich heute weniger aus der hypothetischen Zahl der aus Luxemburg mittelfristig ansässigen Bevölkerung, als viel mehr aus ihrer räumlichen Verteilung.

Seit mehr als 10 Jahren ist in keiner luxemburgischen Gemeinde die Bevölkerungszahl zurückgegangen und paradoxerweise erleben die ländlichen Gemeinden die größten Zuwachsraten, während die Entwicklung in den traditionellen Stadtzentren unter dem landesweiten Durchschnitt liegt. Die ländlichen Gemeinden verjüngen sich, da sie von der verstärkten Abwanderung der Bevölkerung aus den Städten profitieren, während die Städte zunehmend von in Luxemburg ankommenden ausländischen Bevölkerungsgruppen bewohnt werden. Darüber hinaus verdeutlicht und verstärkt die spontane aktuelle Bevölkerungsverteilung die regionalen und lokalen Ungleichgewichte und zeigt auch die Grenzen der öffentlichen Einrichtungen auf, welche steigenden Bedürfnissen, die sich immer weiter in der Fläche ausdehnen, gerecht werden können.

Im Gegensatz dazu wird auf wirtschaftlicher Ebene die europäische Hauptstadt Luxemburg als landesweites Zentrum bestätigt. Als nationale und zugleich europäische Hauptstadt und unbestrittenes Wirtschaftszentrum wird ihre Entwicklung von der Tertiärisierung des luxemburgischen Wirtschaftssystems und die Stärkung bestimmter Branchen (Banken, Dienstleistungen) begünstigt, welche den Niedergang der Stahlbranche und den Attraktivitätsverlust der Südregion ausgeglichen haben. Die steigende wirtschaftliche Konzentration, die sich auf einen Teil des Landes beschränkt, verschärft somit zusätzlich das Ungleichgewicht zwischen den Regionen.



Die Konzentration von ca. 60 % der Arbeitsplätze auf Luxemburg Stadt ist der Grund für 50 % der Fahrten innerhalb des Landes. Der starke Anstieg der Zahl der Grenzpendler, länger gewordene Wegstrecken und die ständige Erweiterung der Herkunftsgebiete erhöhen den Bedarf an Mobilität im Landesinneren deutlich. Die daraus resultierende Überlastung des Straßennetzes wird zu einer alltäglichen Belastung, die ihrerseits die individuelle Mobilität einzuschränken droht und zu einer Beeinträchtigung für das Lebensumfeld, v.a. im Stadtgebiet, wird und die Umwelt schädigt.

U ... DIE AUSDRUCK DER GESELLSCHAFTLICHEN VERÄNDERUNGEN UND DER INDIVIDUELLEN ANSPRÜCHE IST ...

Die Mehrheit der luxemburgischen Bevölkerung zieht es wegen persönlicher Vorlieben und aus traditionellen Gründen vor, in einem neu erbauten, eigenen Einfamilienhaus am Stadtrand oder in ländlichem Gebiet zu wohnen. Die Entwicklung des Immobilienmarktes entfernt sich in Bezug auf Angebot und Grundstückspreise immer weiter von den traditionellen städtischen Zentren. Neue Wohngebiete, Bandbebauungen entlang der Straßen oder Siedlungen entstehen überall im Land. Die schleichende Verstädterung der ländlichen Räume führt zu einer weiteren Zersiedelung des ländlichen Raumes und verstärkt die Verdichtung des Straßen- und Autobahnnetzes.

Das Ausmaß dieser Entwicklung ist nicht nur auf die direkten Auswirkungen des Bevölkerungswachstums in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen. Es zeugt außerdem von den jüngsten tief greifenden Änderungen der Gesellschaft; so ist die Größe der Haushalte rückläufig – sie schrumpfte von 3,3 Personen pro Haushalt im Jahr 1979 auf 2,6 Personen im Jahr 2001 – und gleichzeitig wuchs die absolute Zahl der Haushalte.

Diese Entwicklung der Lebensweisen geht einher mit steigenden Ansprüchen an die Wohnfläche. So beträgt heute die durchschnittliche Wohnfläche einer Wohnung 126 m², während sie 1970 bei 99 m² lag. Diese Situation ist die Folge des Vorherrschens von Einfamilienhäusern, die viel Fläche verbrauchen: 68 % der Haushalte wohnen in einem Einfamilienhaus, 32 % in einem Mehrfamilienhaus, von denen nur 2,4 % mehr als 20 Wohnungen aufweisen. Der landesweite Durchschnitt von Wohnungen pro Hektar (Bruttofläche) wird auf 13 Einheiten geschätzt, was für ein Land eine sehr niedrige Zahl ist und bezeichnend für die Zersiedlung des Landes ist.



Der Wunsch nach dem Einfamilienhaus ist nicht nur der Grund für das flächige Ausufernd der Dörfer und die Zersiedelung der ländlichen Gebiete, sondern er trägt auch zur Identifikationskrise bei, die die Städte erleben, welche aufgrund des schrittweisen Verlusts ihrer Wohnfunktion immer mehr an Identität, Vitalität und Attraktivität verlieren. Eine derartige Siedlungsentwicklung fördert die soziale Segregation, da die sektorbezogenen Märkte für preiswerte Mietwohnungen im Stadtgebiet traditionell eine größere Rolle spielen als auf dem Land.

U ... UND DIE UNTER ANDEREM DURCH EINE WACHSENDE INDIVIDUELLE MOBILITÄT CHARAKTERISIERT WIRD ...

Die zahlreicher und länger gewordenen Fahrten sind folglich der direkte Ausdruck einer raumgreifenderen Lebensweise, wo man im Grünen wohnt, in der Stadt arbeitet, in den Einkaufszentren am Rande der Ballungsgebiete einkauft, Entspannung in den Naturräumen und bei kulturellen Angeboten in Stadtzentren sucht.

Daraus resultiert ein hoher Anteil von Fahrten mit dem eigenen Pkw, der zugleich ein Zeichen der guten wirtschaftlichen Lage des Landes ist, die unter anderem im Motorisierungsgrad zum Ausdruck kommt: Er ist in den vergangenen 30 Jahren um 230 % gestiegen und gehört mit 628 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner zu den höchsten weltweit.

Parallel dazu hat die Ausweitung der Städte die Entwicklung des Straßennetzes gefördert. Diese räumliche Organisation erscheint zunehmend ungeeignet für die Entwicklung eines konkurrierenden öffentlichen Personenverkehrs. Dieser stellt heute nur 12 % der Fahrten, von denen wiederum 50 % auf Jugendliche, die auf ihren Führerschein warten, entfallen.

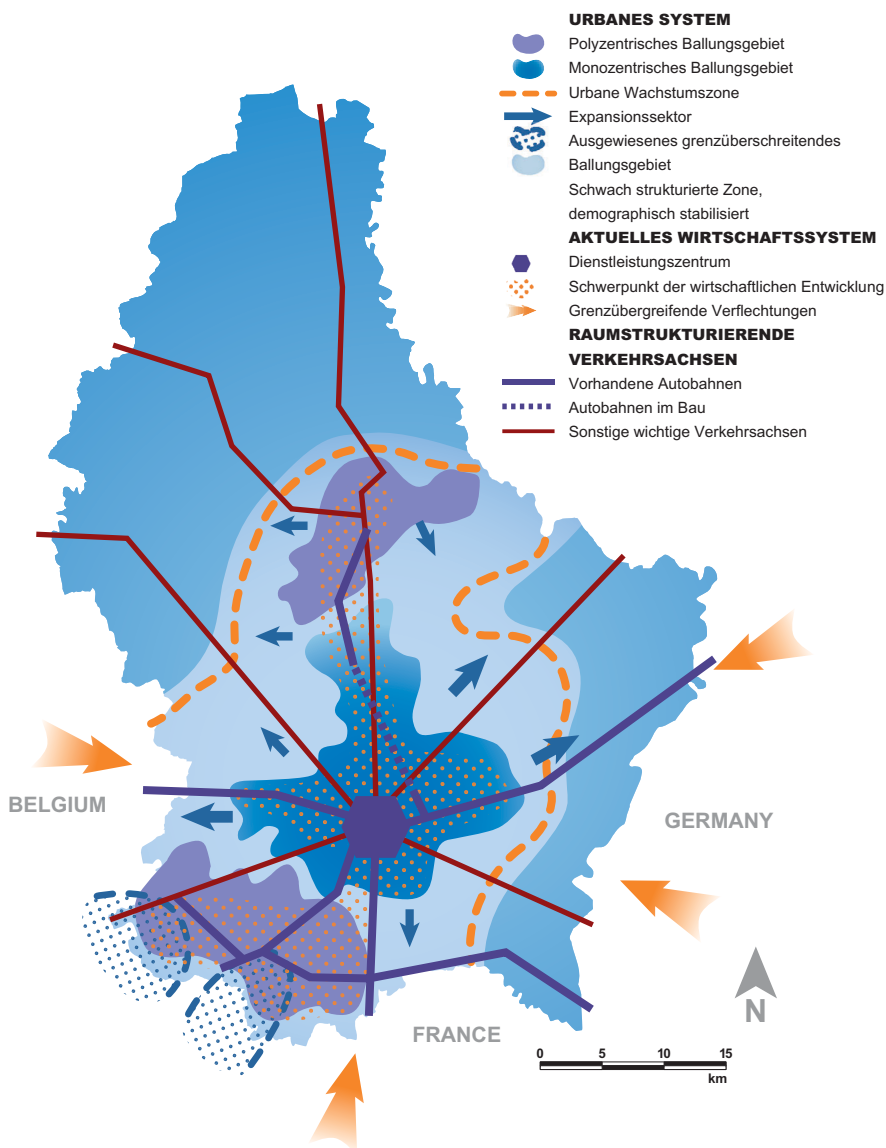


Die geschilderte Situation und diese Verhaltensweisen haben neue Anforderungen an Leistungsfähigkeit, Schnelligkeit und Komfort, vor allem bei kurzen und regelmäßigen Fahrten, geschaffen. Wussten Sie, dass 60 % der Fahrten unter 2 km mit dem Auto erfolgen? Ein verbessertes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln wird nur dann attraktiv erscheinen, wenn sich solche Gewohnheiten ändern.

Als Folge dieser Situation, mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt, hat sich der Energiebedarf des Verkehrssektors seit 1970 mehr als verzehnfacht, wodurch dieser zum größten Energieverbraucher wurde.

U ... MIT NEGATIVEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE NOCH VORHANDENEN NATURRÄUME

Dieser tief greifende Wandel der Lebensweise der luxemburgischen Gesellschaft mit ihren Grundbedürfnissen und ihren zwar legitimen, aber manchmal unbewusst zu anspruchsvollen Anforderungen, ging im letzten Vierteljahrhundert einher mit einem nie zuvor gekanntem Flächenverbrauch. Diese urbane Ausbreitung resultiert sowohl aus den bereits beschriebenen, flächigen neuen Siedlungsformen, als auch aus der Entwicklung neuer Aktivitätszonen und natürlich aus dem Ausbau des Straßennetzes. Der Prozentsatz der bebauten Fläche (Siedlungen und Verkehrswege) ist von 1990 bis 1999 von 7,4 % auf 10,4 % gestiegen.



Die erste Auswirkung dieser Urbanisierungswelle ist ein ständiger und unumkehrbarer Rückgang von Naturgebieten und eine Schrumpfung des ländlichen Gebiets im eigentlichen Sinne. Darüber hinaus führt dieses Phänomen unmerklich zu einem Verlust der regionalen Identitäten und einer landesweiten "Banalisation des Raumes", dessen Konsequenz eine immer weniger differenzierte Behandlung der urbanen und natürlichen Landschaft ist. Der tief greifende Wandel in der Landwirtschaft hat im Übrigen mit zunehmender Tendenz dazu beigetragen, die regionalen Besonderheiten abzuschwächen.

Die Ausbreitung der Siedlungsflächen geht ebenfalls einher mit einer ständigen Schwächung der national und europäisch bedeutsamen Naturgebiete, da größere natürliche Einheiten, wie z.B. Waldflächen, zerstückelt werden. Diese Entwicklung bedroht die Vielfalt von Flora und Fauna dieser Gebiete, die, auf diese Weise verkleinert und zerteilt, sich immer weniger als Lebensraum für die dort siedelnden Arten eignen.

Die nebenstehende Karte zeigt die Tendenz der räumlichen Entwicklung in Luxemburg.

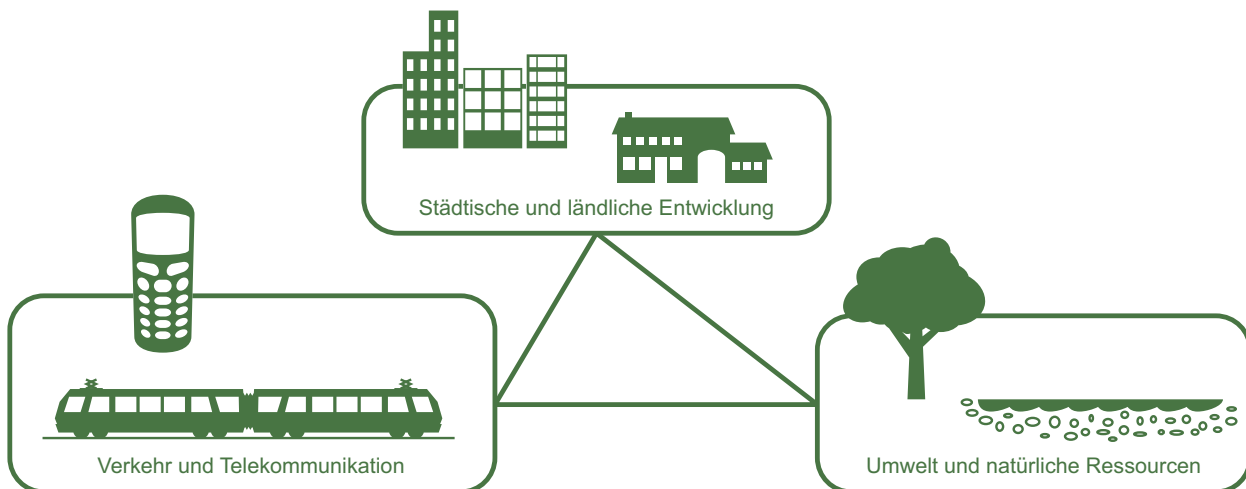


3. WELCHE ANTWORTEN GIBT DAS “PROGRAMME DIRECTEUR”?

Das “Programme Directeur” stellt ein Konzept dar, das in Form eines integrativen räumlichen Aktionsprogramms Lösungen für die dargestellten Probleme vorschlägt. Dieses Programm stützt sich auf die Struktur des aktuellen urbanen Systems und nutzt dessen Hierarchien, Komplementarität und Potenziale, um eine ausgewogenere und umweltgerechtere räumliche Organisation vorzuschlagen.

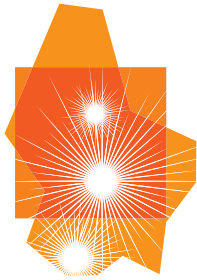
! EIN PROGRAMM MIT DREI “HANDLUNGSFELDERN”

Da die raumplanerischen Handlungsfelder sich teilweise überschneiden, reicht es nicht mehr aus, diese “separat” zu betrachten, sondern es müssen integrative Lösungsansätze für die verschiedenen Probleme gefunden werden. In Übereinstimmung mit dem europäischen Ansatz werden die Ziele der Raumplanung in die drei Handlungsfelder gegliedert, die miteinander verbunden sind und folgende Schwerpunkte abdecken:



Städtische und ländliche Entwicklung

Das Zielsystem und die dazugehörigen Maßnahmen in diesem Handlungsfeld sollen die destabilisierende (beispielsweise die exzessive Konzentration der Entwicklung auf die Stadt Luxemburg) und destrukturierende Aspekte eingrenzen (z.B. die Zersiedelung der Landschaft). Die zugrunde liegende Vision beruht auf der Suche nach einem neuen Gleichgewicht zwischen der städtischen Struktur und dem ländlichen Raum gemäß einem polyzentrischen Ansatz. Das polyzentrische Modell stützt sich auf die Entwicklung vitaler regionaler Zentren, die sich strategisch über das ganze Land verteilen und deren Funktion es ist, das Entstehen neuer Partnerschaften zwischen Stadt und Land zu fördern. Dieser Ansatz wird durch die neue organisatorische Aufteilung des luxemburgischen Staatsgebietes in sechs Planungsregionen unterstützt.



POLITISCHES ZIEL I

SCHAFFUNG UND ERHALTUNG VON DYNAMISCHEN, ATTRAKTIVEN UND WETTBEWERBSFÄHIGEN STÄDTEN, AGGLOMERATIONEN UND STÄDTISCHEN REGIONEN

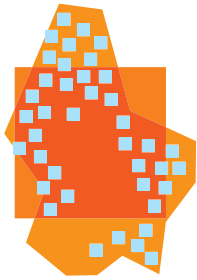
Durch die Tendenz der wirtschaftlichen Globalisierung verstärken sich die Anforderungen an die Attraktivität und Kompetenzen der Städte, damit diese sich in einer Situation der wachsenden Konkurrenz positionieren können.

In Luxemburg hat die Raumplanung eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: unter internationalen Gesichtspunkten ihre dynamische und attraktive Landeshauptstadt nicht nur zu erhalten, sondern auch weiterzuentwickeln und unter nationalen Gesichtspunkten, eine weitere Verschärfung ihrer polarisierenden Effekte auf die Stadtregion im Süden und auch auf die "Nordstad" zu vermeiden.

Um den Druck, welcher durch die Konzentration der Entwicklung auf ein Zentrum entsteht, zu reduzieren, wird vorgeschlagen, attraktive und wettbewerbsfähige regionale Zentren für jede Planungsregion zu schaffen und diese als Grundlage für eine ausgewogene Verteilung von Wohngebieten, Arbeitsplätzen und Dienstleistungen zu nutzen. Es ist erforderlich, dass die vorhandenen städtischen Gebiete ihrer Bestimmung und ihren Kapazitäten entsprechend in ihrer Funktion als Wohngebiete gestärkt und die Potenziale jeder Stadt als Basis der wirtschaftlichen Diversifizierung und der regionalen Entwicklung gefördert werden; letztere basieren auf der Inwertsetzung des endogenen Potenzials der lokalen Ressourcen. Durch die Verbesserung der Lebensqualität der städtischen Räume kann die Raumplanung zur Schaffung eines neuen wirtschaftlichen Umfeldes beitragen, welches besonders attraktiv für innovative und zukunftssträchtige Bereiche ist.



Die Strategie zur Weiterentwicklung eines besseren räumlichen Gleichgewichts erfordert simultane, komplementäre Maßnahmen: die Neustrukturierung der Agglomeration und der Stadt Luxemburg, die Regeneration des ehemaligen "Bassin Minier", welches auf die städtebauliche Aufwertung der Industriebrachen ausgerichtet ist, sowie die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Funktion der "Nordstad" als wichtigstes urbanes Zentrum des ländlichen Raumes.



POLITISCHES ZIEL II

DIVERSIFIZIERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN AKTIVITÄTEN IN DEN LÄNDLICHEN REGIONEN IM HINBLICK AUF EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

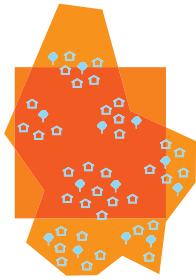
Die Raumplanung verfolgt in den ländlichen Regionen das Ziel, die lokalen Wirtschaftsinteressen mit den sozialen und ökologischen Erfordernissen in Einklang zu bringen und dabei die Eigenheiten jeder Region zu berücksichtigen, um dem gegenwärtigen Trend einer Uniformisierung der Landschaft entgegenzuwirken.

Unter dieser Voraussetzung geht es darum, den multifunktionalen Charakter der Landwirtschaft durch die Unterstützung der Diversifizierung ihrer Aktivitäten und die aktive Förderung einer qualitativ hochwertigen Produktion zu stärken. Eine weitere Fördermaßnahme ist die Entwicklung eines sanften ländlichen Tourismus, der



das Natur- und Kulturpotenzial der ländlichen Gebiete aufwertet und Synergien mit traditionellen landwirtschaftlichen Tätigkeiten fördert. Im Hinblick auf die Diversifizierung muss diese Förderung der regionalen Wirtschaft ergänzt werden durch die Einbindung von kleinen und mittleren Unternehmen, die in innovativen und dynamischen Branchen tätig sind und die Umweltauflagen einhalten. Diese sind in erster Linie in regionalen Zentren mit guten Anbindungen unterzubringen.

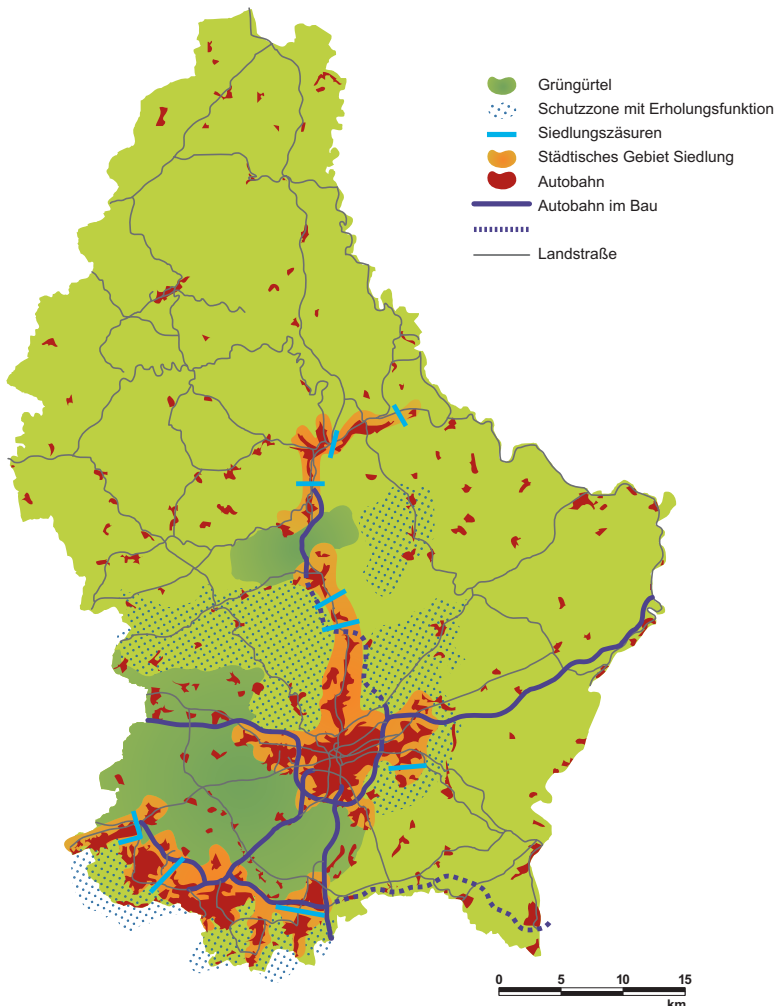
Ergänzend dazu werden schließlich regionale, landesweite und grenzüberschreitende Kooperationsstrategien umgesetzt, um Synergien zu unterstützen, welche die Regionalentwicklung und eine neue Identität in den ländlichen Räumen fördern. Der Naturpark ist ein prädestiniertes Instrument für die Umsetzung der Strategie einer "integrierten ländlichen Entwicklung".



POLITISCHES ZIEL III

ENTWICKLUNG EINER UMWELTVERTRÄGLICHEN SIEDLUNGSSTRUKTUR NACH DEM PRINZIP EINER NACHHALTIGEN RAUMENTWICKLUNG

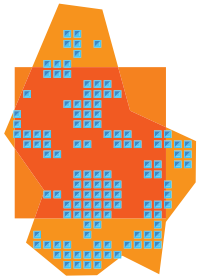
Um die negativen Auswirkungen der derzeitigen spontanen Entwicklung der städtischen und ländlichen Räume (räumliche Ausdehnung, Zersiedlung der Landschaft, Spezialisierung der Funktionen) zu reduzieren, basiert die Entwicklung der Städte und Dörfer auf drei zentralen Schwerpunkten: Funktionsmischung, Dichte und "Stadt der kurzen Wege".



Dies bedingt eine Orientierung der Stadtentwicklung und Stadterneuerung auf die Innenbereiche der Städte, in denen prioritär die Flächen bebaut werden, welche zur Arrondierung der bestehenden Siedlungsstruktur beitragen. Parallel dazu müssen neue, dichtere Bauformen gefördert werden, die an die regionalen Charakteristika angepasst und energieeffizienter sind. Eine bessere Durchmischung der Funktionen im Rahmen eines qualitativ hochwertigen Städtebaus unterstützt zudem den nicht-motorisierten Verkehr und erleichtert die Benutzung des öffentlichen Transports, dessen Angebot mit der Raumentwicklung gleich zu Beginn der Planung eines Baugebietes zu konkretisieren ist. Deren Angebot ist schon in der ersten Planungsphase eines Stadtplanungsprojektes mit der räumlichen Entwicklung abzustimmen – und umgekehrt.

Der Ansatz fügt sich in eine weitergehende Politik ein, welche die Schaffung von Begrünungszonen im Stadtgebiet, von Grüngürteln zwischen den Städten und von Erholungsgebieten in den Agglomerationen fördert, um dort das Lebensumfeld zu verbessern.

Die Umsetzung dieser Ziele setzt eine Optimierung der Flächenentwicklung durch ein entsprechendes Flächenmanagement voraus.



POLITISCHES ZIEL IV

SCHAFFUNG VON STÄDTEN UND DÖRFERN, DIE DEN SOZIALEN ANFORDERUNGEN GERECHT WERDEN, EINE HOHE LEBENSQUALITÄT BIETEN UND DIE POLITIK DER SOZIALEN INTEGRATION FÖRDERN

Zum Prinzip der nachhaltigen Entwicklung gehört auch der gerechte Zugang jedes Einzelnen zu Ressourcennutzung, Arbeit, Gesundheit und Wohlstand. Es wird ein Ansatz gefordert, welcher die sozialen Probleme berücksichtigt, um den sozialen Zusammenhalt sicherzustellen. Die Raumplanung ist verpflichtet, zu diesem Prozess beizutragen, indem sie im Rahmen der räumlichen Vorgehensweise geeignete Urbanisierungs- und Planungsmodelle mit einbringt.

Jede Stadt und jedes Dorf sind folglich als ein qualitativ hochwertiger Lebensraum zu entwickeln, welcher sowohl die Heterogenität, als auch die Identifikation aller mit ihrem Stadtviertel oder Ort fördert, sowie die Bedürfnisse und Rechte jeder sozialen Gruppe, insbesondere der sozial Schwachen, respektiert. Dazu bedingt es neuer Wohnformen, welche gekoppelt an multifunktional nutzbare öffentliche und halböffentliche Räume, der Vielfalt der Wohnorte und Diversität der Nationen besser gerecht werden. Die Integration unterschiedlicher Wohndichten und Wohnformen auf Quartierebene wirken zeitgleich der Tendenz der

sozialen Segregation in den Agglomerationen entgegen. Diese Orientierung sorgt außerdem dafür, die soziale und kulturelle Vorzüge der ländlichen Räume zu erhalten und zu erhöhen.

Damit die luxemburgische Gesellschaft den sozialen Zusammenhalt aktiv stärken kann, ist es erforderlich, mit geeigneten Methoden die Beteiligung an Diskussionen über die lokale und regionale Entwicklung der einzelnen sozialen Gruppen und der Zivilgesellschaft in ihrer Gesamtheit zu unterstützen.



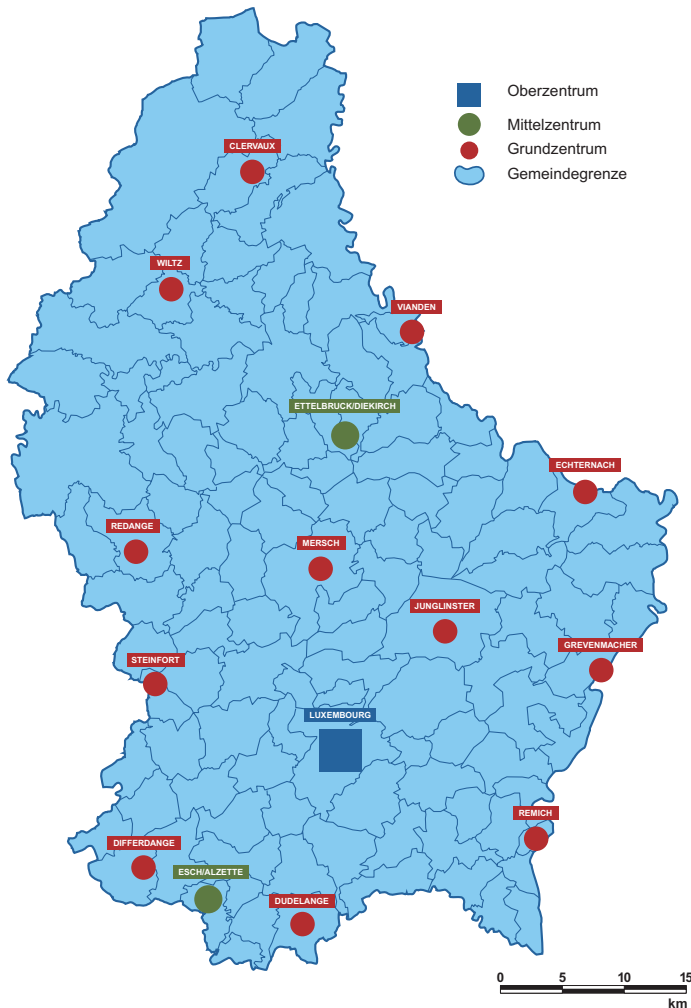


POLITISCHES ZIEL V

FÖRDERUNG DES POLYZENTRISMUS UND DER DEZENTRALEN KONZENTRATION

Die negativen Folgen der aktuellen Raumentwicklung können nicht länger nur durch lokales Handeln effizient beseitigt werden. Ihre Behandlung bedarf eines Modells der räumlichen Organisation welches als Referenzrahmen landesweit akzeptiert wird.

Das Modell und der Ausdruck einer integrativen Vision müssen geeignet sein, ein wesentliches Problem der Raumentwicklung, wie zum Beispiel die starke Zentralität, die Suburbanisierung, die Ausweitung der städtischen Räume, die Verkehrsdichte, die Belastung der Naturräume usw. besser in den Griff zu bekommen. Das neue Organisationsmodell stützt sich auf eine Gliederung in mehrere hierarchisch organisierte Entwicklungszentren, die so genannten zentralen Orte ("centres de développement et d'attraction CDA"). Ihre Funktion ist es, das Gebiet zu strukturieren; dabei dienen sie als Aktionsrahmen für die räumliche Entwicklung und ermöglichen eine geeignetere Verteilung der menschlichen Aktivitäten. Ziel des Konzepts ist es, eine ungeordnete Ausbreitung der Städte zu vermeiden und ein wirtschaftlich tragfähiges, ausgewogeneres Serviceangebot sowie ein effizientes Verkehrssystem zu fördern.



Das neue Organisationsmodell stützt sich auf eine Gliederung in mehrere hierarchisch organisierte Entwicklungszentren, die so genannten zentralen Orte ("centres de développement et d'attraction CDA"). Ihre Funktion ist es, das Gebiet zu strukturieren; dabei dienen sie als Aktionsrahmen für die räumliche Entwicklung und ermöglichen eine geeignetere Verteilung der menschlichen Aktivitäten. Ziel des Konzepts ist es, eine ungeordnete Ausbreitung der Städte zu vermeiden und ein wirtschaftlich tragfähiges, ausgewogeneres Serviceangebot sowie ein effizientes Verkehrssystem zu fördern.

Es handelt sich darum, ein "polyzentrisches" urbanes System zu fördern, dessen verschiedene Zentren eine Dezentralisierung vor allem des Agglomerationsraums Luxemburg Stadt ermöglichen, die von verschiedenen dezentralisierungsgerechten Dienstleistungen und Funktionen entlastet wird. Dieses Netz der Zentren soll auch als Gerüst für eine an die jeweilige Kapazität des Zentrums angepasste Verteilung des Bevölkerungswachstums dienen. Auch soll es den Rahmen bilden für Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Raumplanung, die im Zusammenhang mit den sektoriellen Politiken zu treffen sind, z.B. im Bereich der Infrastruktur.



POLITISCHES ZIEL VI

AUFBAU EINER PARTNERSCHAFT STADT – LAND IM SINNE EINER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

Auf der Ebene der Agglomerationen funktionieren die städtischen Zentren und die umliegenden Gemeinden in enger gegenseitiger Abhängigkeit, wie sie in vergleichbarer Weise auch auf nationaler Ebene zwischen den städtischen und den ländlichen Regionen herrscht.

Der aktuelle Entwicklungstrend geht hin zu einer Intensivierung der Stadt-Land-Beziehung, deren Pfeiler der Komplementarität allerdings einzustürzen droht, weil es eine Vermischung zwischen den Identitäten der verschiedenen Milieus, ihren Entwicklungskapazitäten und ihren jeweiligen Perspektiven gibt.

Das neue Modell der räumlichen Organisation sieht eine Stärkung der Komplementarität zwischen den für jeden Raum typischen Funktionen vor. Dieses Prinzip bedeutet, dass innerhalb eines urbanen Systems die Funktionszuweisung zwischen den zentralen und peripheren Gemeinden aufgrund der jeweiligen Kapazitäten erfolgt, um so insgesamt die Funktionsweisen der Agglomerationen zu optimieren. Auf der Ebene des betreffenden städtischen Raumes sind Koordinationsmechanismen einzurichten, welche durch eine entsprechende Harmonisierung der spezifischen Finanzmechanismen unterstützt werden sollen.



Auf nationaler Ebene wird die Einrichtung einer echten Partnerschaft zwischen städtischen und ländlichen Regionen eine differenzierte regionale Entwicklung fördern und dabei den ländlichen Gebieten Entwicklungsperspektiven aufzeigen, die den Erwartungen ihrer Bewohner entsprechen, sowie die spezifischen Qualitäten ihrer Landschaften und organisch gewachsenen Bausubstanz bewahren und aufwerten.

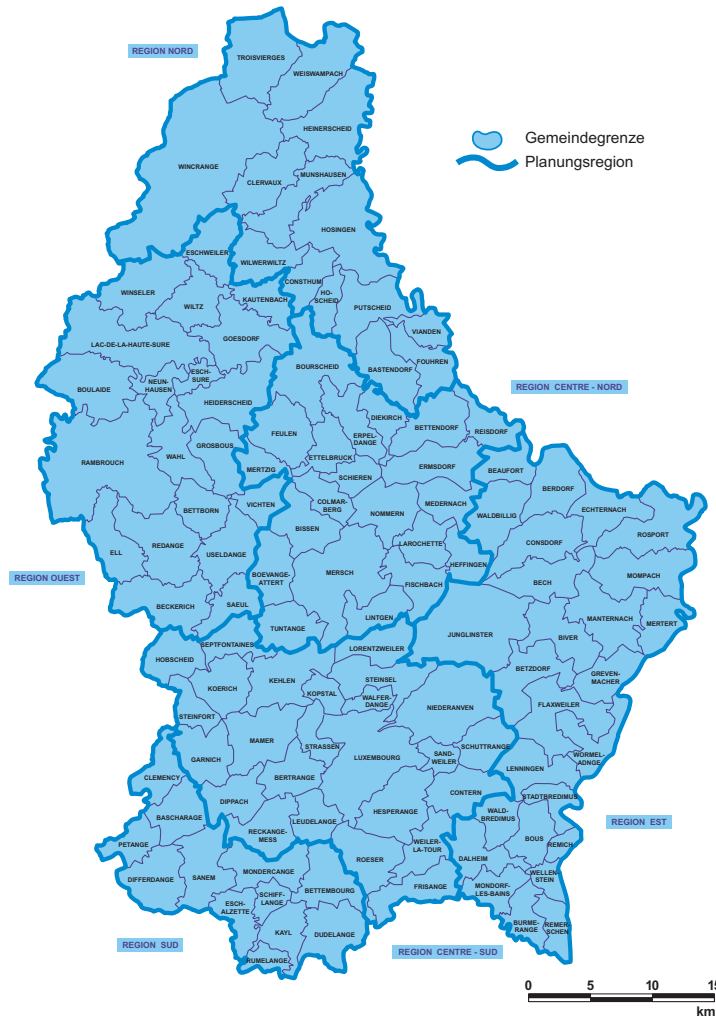


POLITISCHES ZIEL VII

FÖRDERUNG DER INTERKOMMUNALEN KOOPERATION AUF LOKALER, REGIONALER UND GRENZÜBERGREIFENDER EBENE IM HINBLICK AUF DIE ENTWICKLUNG VON KOMPLEMENTARITÄTEN ZWISCHEN DEN GEMEINDEN

Die Umsetzung einer gemeinsamen Vision der räumlichen Organisation, die sich auf eine polyzentrische städtische Struktur und eine verbesserte Komplementarität zwischen Stadt und Land stützt, beinhaltet eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden vor allem auf regionaler Ebene. Es handelt sich um einen langen und kontinuierlichen Prozess, dessen

Erfolg von der Kooperationsbereitschaft der betroffenen Akteure sowie vom Vertrauensklima und der Dynamik der zu schaffenden Partnerschaften abhängt.

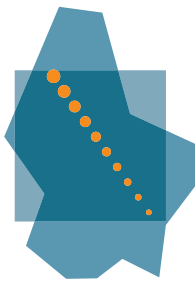


Die juristischen Instrumente der Raumplanung fördern die regionale Zusammenarbeit und garantieren vor allem die Gleichberechtigung der verschiedenen Akteure im Rahmen einer freiwilligen Verpflichtung und eines demokratischen Ansatzes. Das Gesetz definiert den regionalen Ansatz als grundlegende Strategie der gemeindeübergreifenden Planung, als Koordinationsplattform für die Sektorpolitiken und als Instrument für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklungspolitik. Die regionalplanerischen Ansätze in den sechs Planungsregionen Nord, West, Ost, Zentrum-Nord, Zentrum-Süd und Süd, werden von der Regierung hinsichtlich Initiierung, Konsultation, Betreuung, Koordination und Finanzmitteln unterstützt.

Darüber hinaus eignet sich Luxemburg aufgrund seiner Größe und Lage für grenzübergreifende Kooperationsprojekte innerhalb potenzieller Kooperationsgebiete; wie zum Beispiel grenzübergreifende Agglomerationen und Naturparks.

Verkehr und Telekommunikation

Das zweite Handlungsfeld ist eng mit der städtischen und ländlichen Entwicklung verknüpft. Die Raumplanung ist verpflichtet, eine wichtige Rolle bei der Organisation einer nachhaltigen Mobilität zu spielen, indem sie auf die Nachfrage nach Mobilität, das gesamte Verkehrsvolumen und seine zeitliche Verteilung sowie auf die Wahl der Transportmittel Einfluss nimmt. Die prioritären Ziele sind grundsätzlich darauf ausgerichtet, die Infrastruktur und die Organisation der Transporte an das Modell der räumlichen Organisation anzupassen, das gemäß dem "Programme Directeur" so entwickelt werden soll, dass es einen gleichwertigen Zugang für alle Regionen des Landes garantiert und gleichzeitig die mit dem Verkehr verbundene Umweltschäden reduziert.



POLITISCHES ZIEL I

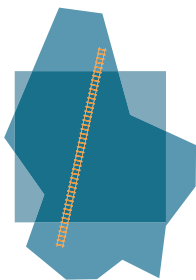
REDUZIERUNG DES VERKEHRS DURCH VERKEHRSVERMEIDUNG

In Anbetracht des ständig wachsenden Verkehrsaufkommens erscheint eine technische Verbesserung der Verkehrsmittel allein nicht ausreichend, um ihre negativen Auswirkungen auf das menschliche und natürliche Umfeld zu reduzieren. Langfristig ist eine Reduzierung des Verkehrs selbst, vor allem der zurückzulegenden Distanzen, anzustreben.

Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, eine Raumstruktur aufzubauen, welche einen besseren Funktionsmix fördert und eine ausgewogenere Verteilung der Wirtschaftszentren und öffentlichen Infrastrukturen (z.B. der Gymnasien) unterstützt. Aufgrund der sehr hohen Verkehrsströme zwischen Luxemburg und den umliegenden Regionen muss dieses Konzept der nachhaltigen Mobilität künftig auf alle Projekte mit grenzüberschreitendem Charakter angewandt werden.

In diesem Sinne wird die Planung des Straßennetzes auf die optimale Nutzung der bestehenden Infrastrukturen ausgerichtet, um einen zusätzlichen Landschaftsverbrauch, der mit dem Bau neuer Verkehrswege verbunden wäre, zu begrenzen. Parallel dazu müssen innovative städtebauliche Konzepte mit Verkehrsberuhigungsmassnahmen die Auswirkungen des Verkehrs in den Agglomerationen verringern.

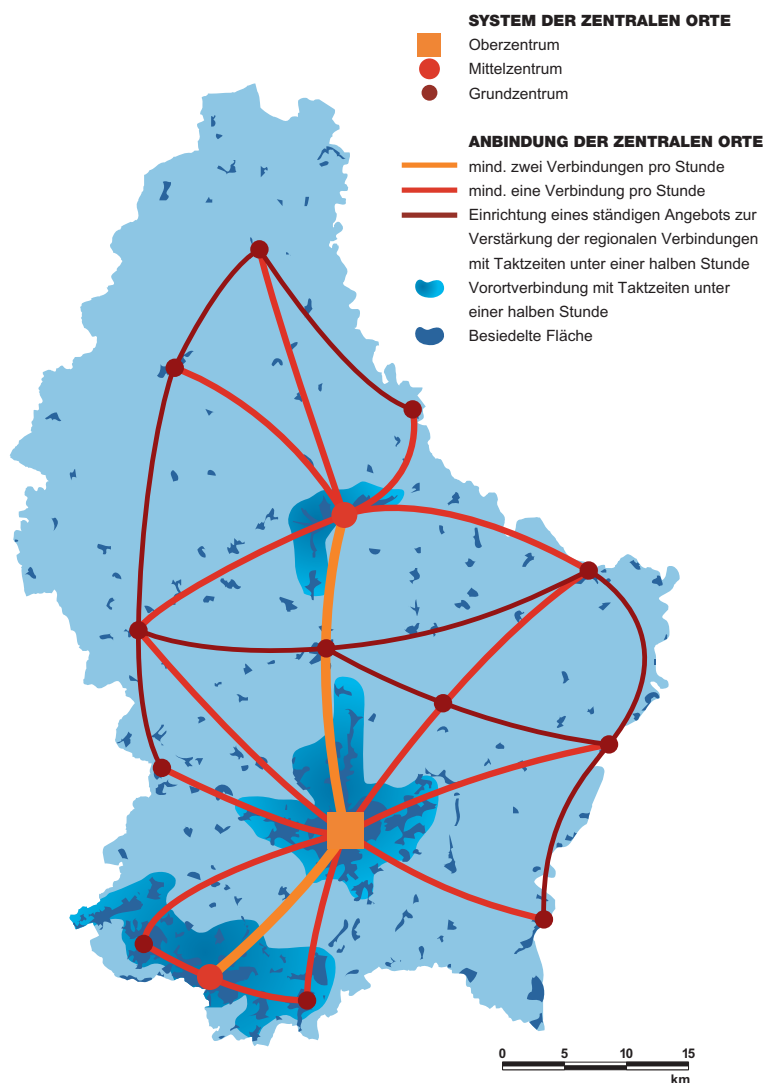
Schließlich ist die Nutzung der durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien entstandenen Möglichkeiten als Alternative zu den Personenfahrten und als Beitrag zu einer verbesserten Organisation der Verkehrsströme auszubauen.



POLITISCHES ZIEL II

VERLAGERUNG DES VERBLEIBENDEN VERKEHRS AUF UMWELTVERTRÄGLICHE VERKEHRSTRÄGER

Ein Teil der gegenwärtigen motorisierten Fahrten wird auch bei der Umsetzung des Zieles der Verkehrsvermeidung nicht wegfallen. Ziel ist es, eine offensive Politik des öffentlichen Transports zu entwickeln, die durch den Einsatz von schnellen und wettbewerbsfähigen Verkehrsmitteln möglichst vielen Nutzern bezüglich der Fahrtenhäufigkeit, Schnelligkeit, Komfort und Fahrtzeiten zufrieden stellende Fahrbedingungen bietet. Das erklärte Ziel lautet, mittelfristig 25 % des motorisierten Verkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel zu verlagern.



Es ist nicht nur unerlässlich, die Attraktivität des öffentlichen Transports zu erhöhen, sondern auch die Verkehrsmittel zu reorganisieren und zu diversifizieren, v.a. durch die Einführung des Train-Tram-Systems, und auch die Schnittstellen zwischen dem Individualverkehr und dem öffentlichen Transport an geeigneten Verbindungsstellen zu verbessern. Die neuen Chancen, die sich aus einem solchen Ansatz ergeben, gehen einher mit der Umsetzung einer integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungspolitik: Es gilt, die Organisation des öffentlichen Personenverkehrs in Einklang mit dem Ausbau der zentralen Orte umzusetzen.

Ergänzend hierzu ist es wichtig, den öffentlichen Verkehr in allen sektoriellen Politiken mit Auswirkungen auf den Verkehr, durch innovative Mobilitätsprojekte zu fördern, wie z.B. Mobilitätspläne in Unternehmen.

Beim Gütertransport werden Schiene und schiffbare Gewässer für Langstrecken bevorzugt, während die Straße aufgrund der größeren Flexibilität vor allem der lokalen und regionalen Verteilung vorbehalten bleibt.



POLITISCHES ZIEL III

GEWÄHRLEISTUNG UND VERBESSERUNG DER ERREICHBARKEIT

Die organisatorischen Aspekte der Mobilität, die im Zentrum der zuvor genannten Ziele stehen, müssen durch die Einbeziehung der Mobilität, die mit den Verkehrsanbindungen verbunden ist, ergänzt werden.

Die Multimodalität als Grundkonzept der Transportpolitik bedingt, dass landesweit die zentralen Orte über ein ausgewogenes, gleichwertiges und qualitativ hochwertiges Angebot des öffentlichen Transportes erschlossen werden. Diese Strategie erfordert eine Anpassung des Angebots der öffentlichen Verkehrsmittel im ländlichen Raum. Darüber hinaus muss hierfür eine Politik der Ansiedlung öffentlicher Infrastrukturen entwickelt werden, bei der das Kriterium der Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel berücksichtigt wird.



Zudem sprechen die Lage Luxemburgs im Herzen Europas und seine ökonomische Rolle in der Großregion für eine deutliche Verbesserung der europaweiten und grenzüberschreitenden Zugverbindungen, insbesondere im Bereich der kurzen und mittleren Entfernungen, die das Land von den benachbarten Entwicklungspolen trennen.

Schließlich ist die von der Raumplanung beabsichtigte Verbesserung der Verkehrsanbindungen auch mit einem Angebot an modernen Kommunikationsmitteln und unabhängig von der Region gleichwertigen Zugangsmöglichkeiten zum Informationsnetz und den Postdiensten verbunden.

Umwelt und natürliche Ressourcen

Die natürliche Umwelt bildet den räumlichen Rahmen für einen Großteil der menschlichen Aktivitäten und wird stark von der gesellschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Es ist ein Konfliktfeld, bei dem die Belastung durch die menschlichen Anforderungen angesichts der beschränkten Kapazitäten und Potenziale der Ökosysteme immer stärker wird.

Die Raumplanung trägt zur Bewahrung und Entwicklung der ökologischen Funktionen der Naturräume im gesamten Land bei, indem sie Strategien unterstützt, welche Nutzungskonflikte mindern und Synergien zwischen den verschiedenen konkurrierenden Bodennutzungen fördern sollen. Diese Vermittlerrolle hat zum Ziel, die produktive Kapazität der Naturräume, ihr Regenerierungspotential sowie ihr Gleichgewicht und ihre ursprüngliche ökologische Funktion für die kommenden Generationen zu erhalten.



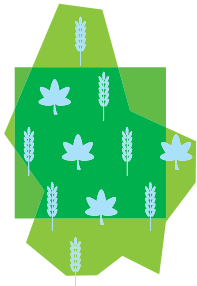
POLITISCHES ZIEL I

LANGFRISTIGER ERHALT, WIEDERHERSTELLUNG UND WEITERENTWICKLUNG DER ÖKOLOGISCHEN, SOZIALEN UND ÖKONOMISCHEN FUNKTIONEN DER NATURRÄUME AUF DER GESAMTEN LANDESEBENE

Heutzutage sind die Naturräume multifunktional geworden und müssen verschiedenen, manchmal auch widersprüchlichen Ansprüchen der Gesellschaft gerecht werden. Dieser neue ökonomische und soziale Druck bleibt nicht ohne Folgen: Es kommt zu einer Beeinträchtigung der ökologischen Funktionen der Naturräume. Die Raumplanung muss künftig dazu beitragen, langfristig die Kapazitäten und Funktionen der wichtigsten Elemente in den Naturlandschaften des Landes zu erhalten: Wasser, Boden, Luft und auch die biologische Vielfalt.

Raumplanerische Maßnahmen sind auf verschiedenen Ebenen erforderlich. Unter anderem müssen die Trinkwasserressourcen gegen Verschmutzung und Übernutzung geschützt und das Gewässersystem sollte in einen möglichst naturnahen Zustand zurückversetzt werden. Außerdem sind verschiedene Instrumente zu entwickeln, um den Schutz guter Böden zu gewährleisten, wie die Ausweitung prioritärer Schutzzonen und die Einrichtung gesetzlicher Ad-hoc-Instrumente. Für Flächen, die die Frischluftproduktion gewährleisten, und Korridore, die ihre Erneuerung in den städtischen Gebieten ermöglichen, muss ein vergleichbarer Schutz geschaffen werden. Darüber hinaus sind spezielle Schutz-, Management- und Kontrollmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, um die biologische und genetische Vielfalt der Naturräume zu erhalten.

Schließlich ist die Koordination zwischen den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Funktionen der Landschaften durch die Harmonisierung und Verbesserung der Instrumente der räumlichen Planung zu verstärken.



POLITISCHES ZIEL II

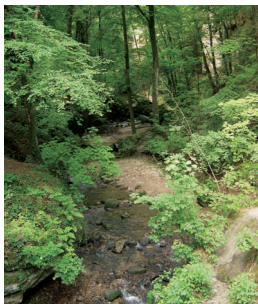
EINE NACHHALTIGE NUTZUNG DES BODENS UND DER NATURRÄUMLICHEN RESSOURCEN LANDESWEIT SICHERSTELLEN

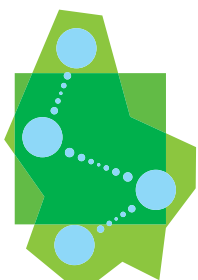
Neben der Bewahrung der Naturressourcen durch spezielle Schutzmaßnahmen sollen insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft, welche den größten Anteil der Landesflächen beanspruchen, neue Bewirtschaftungsformen eingeführt werden.

Folglich kommt es darauf an, Bewirtschaftungsmethoden zu fördern, die das Ziel des Schutzes und der Erhaltung der Naturressourcen mit den Zielen der ökonomischen Tragfähigkeit verbinden und jene Kommerzialisierungssysteme für land- und forstwirtschaftliche Produkte unterstützen, welche die Kriterien der nachhaltigen Entwicklung beachten.

Dennoch dürfen diese ökologischen Leistungen, die im Namen des allgemeinen Interesses erbracht werden, nicht allein zu Lasten ihrer Erbringer gehen. Die Zuweisung finanzieller Entschädigungen muss mit den zu erreichenden Umweltzielen, die sich dieses integrierte Management setzt, verknüpft sein. Notwendigerweise müssen Informations-, Konsultations- und Sensibilisierungsmaßnahmen dieses Vorgehen, das sich auf die Beteiligung zahlreicher Akteure mit verschiedenen Interessen stützt, begleiten.

Der zweite Teil dieses Ziels betrifft die Reduzierung von Schäden, die durch natürliche Risiken und durch Kontamination entstehen. In diesem Zusammenhang achtet die Raumplanung darauf, jeden menschlichen Eingriff zu vermeiden, der das natürliche Gleichgewicht ändern und Risiken wie Überschwemmungen oder Erdbeben zur Folge haben könnte. Die Raumplanung soll zur Abstimmung der Raumentwicklung mit den räumlich abzugrenzenden Risikozonen beitragen.

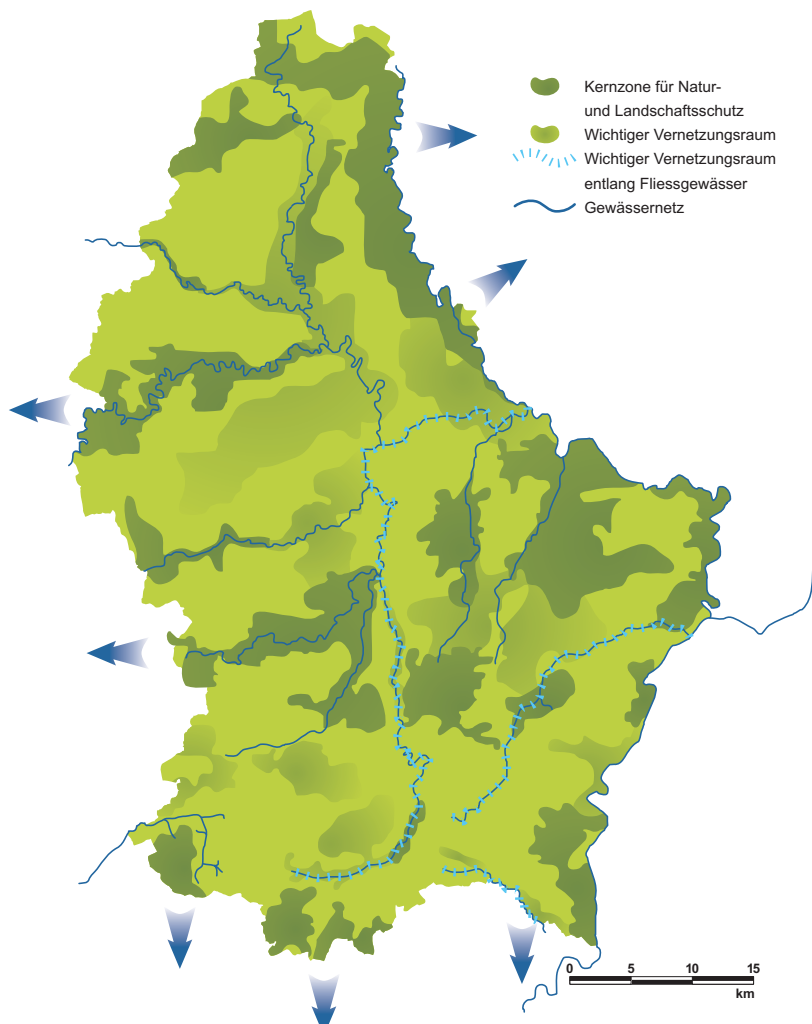




POLITISCHES ZIEL III

ERHALTUNG UND ENTWICKLUNG DER GEBIETE MIT HOHEM ÖKOLOGISCHEN WERT UND SICHERSTELLUNG IHRER EINBINDUNG IN EIN FUNKTIONALES ÖKOLOGISCHES VERBUNDSYSTEM

Es ist auch wichtig, die Auswirkungen der menschlichen Tätigkeiten auf die Vielfalt der Arten und Biotope zu begrenzen, indem eine weitere Verschlimmerung der ständigen Fragmentierung der Naturräume vermieden wird. Zum Schutz der Ökosysteme müssen dringend funktionale Verbindungen zwischen ihnen geschaffen und die Bodennutzung entsprechend angepasst werden, v.a. in landwirtschaftlichen Zonen. In diese Vernetzung sind Elemente einzubeziehen, die empfindliche Gebiete gemäß den Schutzbestimmungen für Naturressourcen (Wasser, Boden, Luft) schützen.



In erster Linie geht es darum, die Lebensfähigkeit der Ökosysteme, von denen das Überleben der Arten abhängt, zu bewahren und zu garantieren, indem man die bisher kaum zerstückelten Räume intakt lässt und weniger genutzte Zonen schafft.

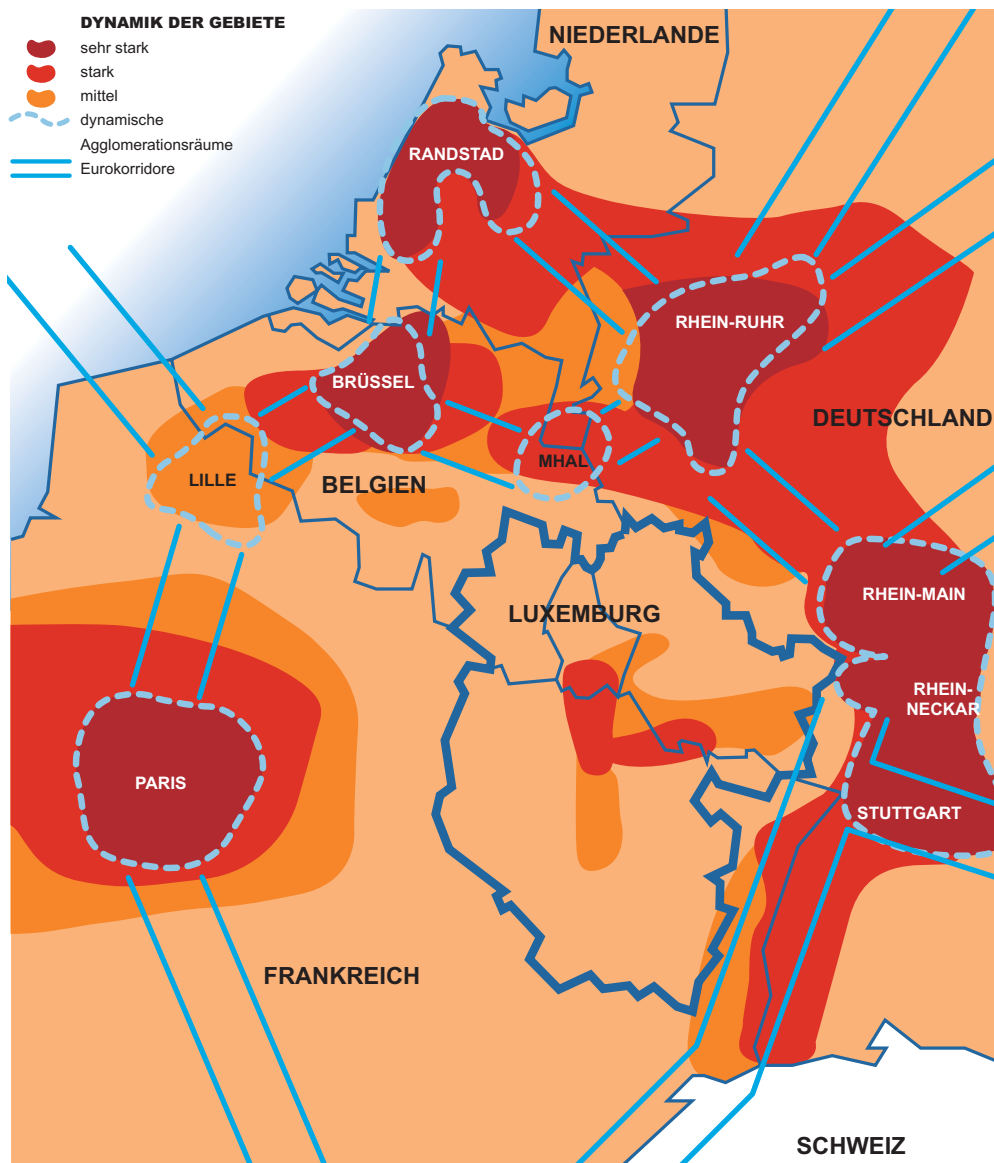
Auf dieser Grundlage werden alle Räume mit hohem ökologischem Wert in ein nationales ökologisches Netz integriert, das aus "Habitatgebieten", "Vogelschutzzonen" sowie Naturschutzgebieten besteht. Diese Orte sind untereinander durch Korridore zu verbinden. Wasserläufe, Waldflächen und sonstige natürliche Einheiten können eine solche Verbindungsfunktion übernehmen. Dieses nationale Netz ist in einen gesamteuropäischen Kontext eingebettet. Im Landesinneren wird es durch die Verbindung von lokalen und regionalen Biotopen weiter verdichtet.

Aufgabe der Raumplanung ist es, dieses Netz in seiner räumlichen Dimension in Planungsprojekte einzubeziehen und die Koordination zwischen dieser Politik eines integrativen Managements der Ressourcen und Naturräume und den sonstigen Dokumenten, welche die Flächennutzung regeln, über die Bodennutzung zu gewährleisten.

INTEGRATION IN DIE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE

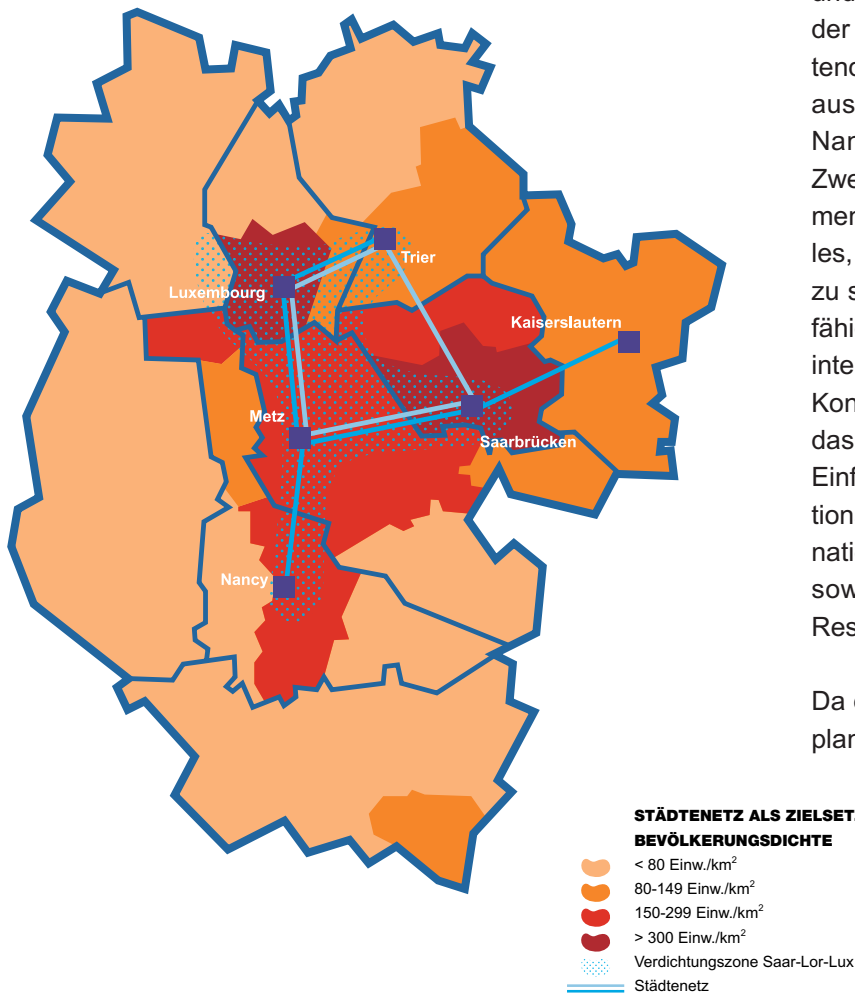
Da Luxemburg ein kleines Land ist, das eine strategische Position im Herzen Europas einnimmt, umgeben von drei weiteren Ländern, mit denen ein intensiver Austausch besteht, ist es erforderlich, dass seine Raumplanung und -entwicklung in den europäischen Rahmen integriert werden.

Luxemburg gehört zur Großregion Saar-Lor-Lux+, die sich auf europäischer Ebene als Entlastungsraum zwischen den wichtigsten Metropolen Nordwesteuropas anbietet.



Dieses Konzept wurde im Rahmen des Europäischen Raumentwicklungskonzepts (EUREK) entwickelt, das ein Referenzrahmen für die räumliche Entwicklung auf europäischer Ebene ist. Es stützt sich auf die Entwicklung eines urbanen Systems, das sich aus mehreren Zentren zusammensetzt (Polyzentrismus) und auf einen Ausbau der Komplementarität Stadt-Land. Diese Entwicklungsvision wird übernommen und findet im Rahmen des Entwicklungskonzepts der Großregion SLL+ Anwendung.

STÄDTENETZE ALS ZIELSETZUNG



Aufgrund seiner zentralen geographischen Lage und seiner ökonomischen Leitfunktion innerhalb der Großregion nimmt Luxemburg einen bedeutenden Platz im Städtenetz ein, welches sich aus Luxemburg, Trier, Saarbrücken, Metz, Nancy und Kaiserslautern zusammensetzt. Zweck eines solchen Netzes ist es, die Komplementaritäten in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Kultur, Krankenhäuser, Universitäten usw. zu stärken und zu nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Großregion im europäischen und internationalen Kontext zu verbessern. Dieses Konzept eines Städtenetzes wird ergänzt durch das Netz der Mittel- und Kleinstädte, die sich im Einflussbereich der Region befinden. Die Funktionsweise dieses Netzes ist durch die Koordination der Raumplanungs- und Verkehrspolitik sowie des Managements der natürlichen Ressourcen garantiert.

Da die Mobilität ein zentrales Thema der Raumplanung ist, ist Verkehrsplanung einer der wichtigsten Bereiche der grenzübergreifenden Zusammenarbeit.

In diesem Kontext wird versucht, den Hauptzentren der Großregion gute Anbindungen an die Transeuropäischen Netze (TEN) zu garantieren und die sekundären Netze sowie

deren Verbindungen über die Entwicklung effizienter regionaler Verkehrssysteme zu verstärken. Dieses Projekt zur Verbesserung der Verbindungen in der Großregion setzt den Schwerpunkt in erster Linie auf die Bahnverbindungen, da die Bahn eine zentrale Rolle beim Transport der Grenzgänger spielen soll, um die auf allen großen Achsen überlastete Straßeninfrastruktur zu entlasten.

Ein weiterer Teil dieses Konzepts befasst sich mit der umsichtigen Verwaltung von Natur und Kulturerbe. Dort wird vorgeschlagen, die Kooperationsmaßnahmen insbesondere zwischen den beiderseits einer Grenze gelegenen nationalen und regionalen Naturparks, in ihrer Qualität als privilegiertes Entwicklungsinstrument in ländlichen Gebieten, zu intensivieren.

NATURPARKS IN DER GROSSREGION SLL+



1. Naturpark Obersauer
2. Naturpark Our (im Aufbau)
3. Naturpark Dreiländereck / Parc naturel du Pays des Trois Frontières (geplant)
4. Naturpark Attert-Tal
5. Naturpark Forêt d'Anlier – Obersauer-Tal
6. Naturpark Hautes Fagnes-Eifel
7. Naturpark Nordeifel
8. Naturpark Südeifel
9. Naturpark Saar-Hunsrück
10. Regionaler Naturpark Lothringen
11. Regionaler Naturpark Nordvogesen
12. Regionaler Naturpark Ballons des Vosges
13. Naturpark Pfälzerwald

GRENZÜBERGREIFENDE NATURPARKS

Naturpark Dreiländereck / Parc naturel du Pays des Trois Frontières: 3

Deutsch-luxemburgischer Naturpark: 2 + 8

Deutsch-belgischer Naturpark: 6 + 7

Biosphärenreservat Pfälzerwald - Nordvogesen: 11 + 13

Das Ziel stützt sich darüber hinaus auf die Entwicklung eines ökologischen Verbundsystems in Europa, welches die bereits vorhandenen nationalen oder regionalen Netze miteinbezieht.

Im Übrigen wird daran erinnert, dass Luxemburg seit mehr als einem Jahrzehnt an den verschiedenen Generationen der europäischen Interreg-Programme teilnimmt, deren Priorität die Stärkung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit durch die Entwicklung von grenzüberschreitenden ökonomischen und sozialen Zentren ist. Hierbei kommen gemeinsame Strategien der nachhaltigen Raumentwicklung zum Einsatz.



5. WAS SIND DIE UMSETZUNGSSCHWERPUNKTE?

Die Raumplanung will in fünf großen Aktionsbereichen besonders präsent sein und aktiv mitwirken:

1. STÄRKUNG DER INTERMINISTERIELLEN KOORDINATION

Die Interventionen der Raumplanung konzentrieren sich auf die für die Raumentwicklung wichtigsten Sektoren: städtische und ländliche Entwicklung, Verkehr und Umwelt. Die Umsetzung der interministeriellen Koordination hat mit dem Integrierten Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept (IVL) einen geeigneten Rahmen gefunden.

Ergänzend dazu zielen die Maßnahmen darauf ab, sektorielle Pläne zu den prioritären Themen Verkehr, Wohnungsbau, große Wald- und Landschaftsflächen usw. zu erarbeiten. Jedes dieser Themen ist direkt in die drei Handlungsfelder des “Programme Directeur” einbezogen.

2. UMSETZUNG DER REGIONALPLANUNG

Insbesondere während der Phasen der Ausarbeitung und Umsetzung der Regionalpläne muss eine aktive und partizipative Raumplanungspolitik entwickelt werden.

Der Staat will seine Unterstützung vor allem in den Phasen der Initiierung, Betreuung, Konsultation und Koordination des Planungsprozesses, aber auch in Form von Finanzhilfen gewähren. Die Regionalplanung ist aufgerufen, als Partnerschaftsplattform zu dienen, die es den Gemeinden ermöglichen soll, nicht nur ihre Maßnahmen im Rahmen neuer Formen der Zusammenarbeit zu verstärken (wie die kommunalen Zweckverbände), sondern auch alle regionalen Akteure zusammenzubringen, die aktiv an dem Prozess einer regionalen Dynamisierung mitarbeiten können.

3. NEUORGANISATION DER SIEDLUNGSSTRUKTUR

Das Hauptprinzip, das die Raumplanung einführen will, um eine harmonischere Landesentwicklung zu gewährleisten, ist die so genannte “dezentrale Konzentration”, die sich auf das System der zuvor definierten zentralen Orte (Centres de développement et d’attaction – CDA) stützt. Dieses Schema der Neuorganisation bestimmt bevorzugte Zonen für die städtische Entwicklung, wobei die Erfordernisse der nachhaltigen Entwicklung zu berücksichtigen sind. Die Umwandlung brachliegender Industriegebiete wird vorangetrieben, um den Aufbau der gewünschten Struktur zu unterstützen.

4. GEMEINDEPLANUNG UND STÄDTISCHE ENTWICKLUNG

Der Staat will die Berücksichtigung der sich ändernden Bedürfnisse der Stadt- und Dorfentwicklung gewährleisten und eine bessere Koordination zwischen Gemeindeentwicklung und Raumplanung auf Landesebene fördern. Eines der Ziele des neuen Gesetzes über die Gemeindeplanung und die städtische Entwicklung besteht darin, die Gemeinden mit neuen Mitteln auszustatten, mit denen sie in der Lage sein werden, eine nachhaltige Entwicklungspolitik in ihrem Gebiet umzusetzen. In diesem Zusammenhang seien Instrumente wie die Entwicklungszone oder das Restrukturierungsgebiet erwähnt.

5. AUFWERTUNG DER INITIATIVEN AUF EUROPÄISCHER UND GRENZÜBERSCHREITENDER EBENE

Die durch drei Programmgenerationen erarbeiteten Interreg-Strategien haben in Luxemburg die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Ansatzes, der für die Größe des Landes unerlässlich ist, ermöglicht. Dieser Mehrwert kommt in erster Linie beim Transfer von Know-how und Erfahrungen und in der vernetzten Arbeit zum Ausdruck. Diese Errungenschaften werden in den künftigen Aktionen weiter ausgebaut.

In diesem Kontext bietet die Großregion zahlreiche Gelegenheiten für Aktionen, um den Entwicklungsplan SLL+ zu konkretisieren; und zwar hauptsächlich in den prioritären Bereichen der Wirtschafts- und Städtekooperation, Verkehr sowie bei Umwelt und Aus- und Weiterbildung.

Das Projekt eines europäischen Beobachtungsnetzwerkes für Raumordnung (ESPON), dessen Koordinationszelle sich in Esch-sur-Alzette befindet, bietet darüber hinaus Möglichkeiten für interessante Synergien mit der Universität Luxemburg.



Impressum

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Raumplanung
Direktion Raumplanung
1, rue du Plébiscite
L-2341 Luxemburg

Tel. : 478-6914 / 478-6917

Fax: 40 89 70

Internet: www.mi.etat.lu/MAT

Konzeption

Editions Guy Binsfeld

Redaktion

Ecau

Ministerium für Inneres und Raumplanung

Fotorechte

Ministerium für Inneres und Raumplanung



Websites zum Thema Raumplanung:

www.mi.etat.lu/MAT

www.ivl.public.lu

www.gismosel.lu

www.naturpark-sure.lu

www.naturpark-our.lu

www.prosud.lu

www.granderegion.net

www.interreg-wll.org

www.interreg3a-delux.org

www.nweurope.org

www.interreg3c.net

www.interact-online.net

www.espon.lu

*Die vollständige Version des "Programme Directeur" ist auf der Website
des Ministeriums für Inneres und Raumplanung zu finden.
(www.mi.etat.lu/MAT).*



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG



*Présidence luxembourgeoise
du Conseil de l'Union européenne*

ISBN 2-87954-154-9